

Jugendarbeitslosigkeit . . .

Fortsetzung von Seite 6

tenstarken Jahrgänge ansteigen. (Bis 1980 jährlich sieben Prozent.)

Hinzu kommen zwei weitere Maßnahmen aus dem Bereich der Jugendhilfe: Die Zahl von bisher 75 Sozialarbeitern zur sozialpädagogischen Betreuung wird durch die Erhöhung der finanziellen Mittel auf 130 erhöht. Ferner sollen Kurse, Seminare, Freizeiten und ähnliche Einrichtungen von Trägern der Jugendverbände und anderen Trägern der Jugendhilfe als flankierende Maßnahmen gefördert werden. Hierfür stehen 15 Millionen DM zur Verfügung.

Diese Mittel sind mit einem Sperrvermerk versehen. Nur mit Einwilligung des Ausschusses für Jugend, Familie und politische Bildung kann diese Summe ausgegeben werden. Zudem soll „ein erster Schritt zur Einführung des zehnten Schuljahres mit berufsorientiertem Charakter getan werden“.

Norbert Schlottmann (CDU) übte scharfe Kritik daran, daß der Minister „sich am Ende einer Debatte hier ans Pult stellt, das Parlament überfährt und wie der Zauberer ein weißes Kaninchen aus dem schwarzen Hut ein Programm herauszaubert“. Gegenstand der Parlamentsberatung sei die Debatte über zwei Anträge gewesen. Nun „hänge“ sich die Regierung hier an; das Parlament sei unvorbereitet. Die CDU-Fraktion werde das Programm im Ausschuß prüfen.

Wichtig: Berufliche Schulen

Heinz Voetmann (CDU) sagte, die bisherigen Erfolge der von der Landesregierung verwirklichten Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit seien „außerordentlich bescheiden“. Auch das Programm, das Minister Farthmann verkündet habe, „spricht ja auch hier für die Tatsachen“. Zu diesen Tatsachen gehörten in Nordrhein-Westfalen 30 000 arbeitslose Jugendliche. Diese Jugendlichen seien überwiegend ohne Berufsausbildung und ohne Hauptschulabschluß. Bisher sei für diese Gruppe nicht genügend getan worden. Wichtig sei insbesondere die Förderung der beruflichen Schulen, die in letzter Zeit vernachlässigt worden seien.

Kultusminister Jürgen Girsensohn (SPD) warnte davor, daß sich die Bildungspolitiker „den Schwarzen Peter für das bedrückende Problem der Jugendarbeitslosigkeit in die Tasche stecken lassen“. Die Bildungspolitik könne nur zu einem geringen Teil zur Verbesserung der Situation der betroffenen Jugendlichen beitragen. Den Vorwurf, die Bildungspolitik hindere „beim Ausbau des Berufsgrundbildungs- und Berufsvorbereitungsjahrs jene Einrichtungen, die sich mit der Berufsförderung in der vielfältigsten Form beschäftigen“, wies Girsensohn energisch zurück. Als „hervorragendes Beispiel enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsministerium, Handwerkskammer und schulischem Bereich“ wies der Minister auf eine Vereinbarung zwischen Landesregierung und Handwerkskammer Düsseldorf über den Ausbau von Berufsförderungsjahren hin.

Porträt der Woche



Heinrich Dreyer (CDU)

Ein gesunder Schuß Unbekümmertheit, politischer Sachverstand, Stehvermögen, Durchsetzungskraft und Engagement – Heinrich Dreyer kann von alledem genug vorweisen und steht damit seinen Mann in der Landespolitik, in die er über einen erstaunlich kurzen Weg gelangt ist. Erst 1966 fand Heinrich Dreyer im ostwestfälischen Mennighüffen in der CDU seine politische Heimat und offenbarte damit gewissermaßen politischen Bekennernut. In dieser SPD-Hochburg, die heute Teil der Stadt Löhne ist, hatte die CDU nicht einmal einen Ortsverband. Für den Sohn eines Schlossers und einer Zigarrenarbeiterin war das freilich kein Hinderungsgrund, der Stimme einer Minderheit zu Gehör zu verhelfen, als die sich Anhänger der CDU in Mennighüffen verstehen mußten.

Mit dem neugegründeten Ortsverband boxte Heinrich Dreyer, Jahrgang 1935, die Mennighüffener CDU 1969 in den Stadtrat und wurde gleich zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Dabei hätte es nach den Vorstellungen Dreyers zunächst auch bleiben können. Nach einer zielstrebigem beruflichen Ausbildung vom Jungwerker bei der Deutschen Bundesbahn zum Verkaufs- und Führungstrainer im Rang eines Bundesbahnamtmanns verspürte er wenig Neigung, Politik-Profi zu werden. Daran hat sich bis heute nichts geändert, obwohl er längst dem Kreisvorstand der CDU angehört, Bezirksvorsitzender der Sozialausschüsse ist und einen Sitz im Landesvorstand Westfalen-Lippe der CDU hat.

Dreyer schätzt diese Ämter als Möglichkeit, der Partei die Probleme vor Augen zu halten, die an der Basis und im Arbeitsleben erkannt und unbekümmert als in der professionell betriebenen Politik formuliert werden. So ist er im Prinzip ein Mann der Basis geblieben, der immer den gesellschaftspolitischen Aspekt der Parteiarbeit im Auge behält und ihn nachhaltig vertritt. 1970, als er sich selbst noch als unerfahrener Politiker betrachtete, kandidierte er erstmals für den Landtag, wenn auch völlig ausichtslos, weil ihm die notwendige Absicherung durch die Landesliste seiner Partei fehlte.

1975 allerdings zahlte sich sein Beharrungsvermögen aus, wurden Einsatz, Erfolg und Engagement honoriert. Der damals knapp 40jährige wurde Mitglied des Landtags.

„Die Arbeit dort begeistert mich“, sagt Heinrich Dreyer, ohne gleichzeitig die üblichen Schwierigkeiten eines jeden Anfängers zu übersehen, der sich erst in eine neue Umgebung einfinden muß. Als Mitglied der Sozialausschüsse seiner Partei läßt er keinen Zweifel daran, daß der Mensch über jeder Sache zu stehen hat, daß dem Einzelnen geholfen werden muß, daß die Gesellschaft dem Schwachen zur Seite stehen muß. Seine „Jungferrede“ im Parlament absolvierte er ohne jede Befangenheit und machte sich damit zum Fürsprecher der Verbraucher. Bei nächster Gelegenheit legte er sich für die berechtigten Anliegen des Mittelstandes ins Zeug.

Seither ist er auch im Landesparlament kein Unbekannter mehr, wenngleich er die Kleinarbeit in den Ausschüssen für Soziales, Arbeit und Gesundheit sowie Verkehr höher bewertet als die gelegentliche Möglichkeit des Debattierens. Da läßt sich leicht eine Verbindung zum Hobby des vierfachen Vaters herstellen. Im evangelischen Posaunenchor bläst er die Tuba und bestimmt damit den Grundakkord, ohne sich in den Vordergrund zu drängen. Bei seinem sozialen Engagement hält er es ebenso: Ohne öffentliches Aufsehen setzt er sich als ehrenamtlicher Gefängnisbeirat für Gestrauchelte ein und versucht, ihnen die Rückkehr in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Klaus Simson